

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

**Erscheint**  
wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Fernsprecher 27.  
Telegramm-Adresse: Zeitung.



**Anzeigen**  
werden die sechsgepaltene 3 um hohe (Pettit)-Zeile ober deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbandsliste für Platz, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkontos Frankfurt a. Main Nr. 20771.  
Annahmehöhe für Offerten und Anstalt beträgt 15 Pfg. Zeitungsbelegen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 143.

Donnerstag, den 3. Dezember 1925.

18. Jahrgang.

Wer gute Menschen liest,  
kann wenigstens nicht ganz  
verdorben sein.

## Eine Luftfahrt-Konferenz.

Wie aus London berichtet wird, hat es sich bei der Ministerbesprechung im Auswärtigen Amt hauptsächlich um zwei Fragen gehandelt, um die Rheinlandfrage und um die Luftschiffahrtsfrage. Etwas abschließendes ist dabei natürlich in beiden Fragen nicht erzielt worden. Bezüglich der Rheinlandfrage scheint man aber der deutschen Delegation Hoffnung gemacht zu haben, daß die Räumung der Kölner Zone bereits am 31. Januar beendet sein soll, also nicht erst Mitte Februar, wie man bisher in Aussicht gestellt hatte. Man hatte diese lange Dauer der Räumung bekanntlich mit militärtechnischen Gründen zu erklären versucht. Diese technischen Schwierigkeiten scheinen in dem Augenblick geringer geworden zu sein, als sich die Alliierten darüber klar wurden, daß vor der völligen Räumung der Kölner Zone eine Annäherung Deutschlands zum Völkerbund nicht in Frage kommen könne.

Mit der Luftschiffahrtsfrage wird sich eine Konferenz beschäftigen, die am 4. Dezember „auf der Grundlage vollständiger Gleichberechtigung“ in Paris zusammenzutreten soll. Das klingt zwar sehr schön, bedeutet aber recht wenig. Was hilft es Deutschland, wenn man zwar über diese für uns lebenswichtige Frage in kollegialer Weise verhandelt, wenn aber hinterher bei der Abstimmung die Alliierten auf Grund der Gleichberechtigung mit Mehrheitsbeschluß gegen uns entscheiden? Bisher aber liegen noch keine Anzeichen vor, daß unsere Vertragsgegner bezüglich der Luftschiffahrtsfrage anderen Sinnes geworden sind. Möglicherweise ist es vielleicht, daß man uns den Bau des geplanten Zepellin-Luftschiffes für die Erforschung des Nordpols gestattet. Vielleicht erlaubt man uns auch, für diesen oder jenen der Alliierten ein Zepellin zu bauen. Damit wäre aber noch nicht die grundsätzliche Frage gelöst.

Was wir fordern müssen, ist die grundsätzliche Beilegung unserer Luftfahrt von den Fesseln des Versailler Vertrages. Es kommt uns nicht darauf an, daß wir über diese Frage auf gleichberechtigtem Fuße mit den anderen verhandeln dürfen, sondern daß wir als Ergebnis der Verhandlungen die Gleichberechtigung in der Luft erzielen. Dabei verlangen wir ausdrücklich nur die Gleichberechtigung bezüglich der dem zivilen Verkehr dienenden Luftfahrt. Gerade die großen Verkehrsflugzeuge, deren Bau wir fordern, kommen für militärische Zwecke nicht ernstlich in Frage. Erst recht gilt das von den Zepellinen, die bei den heutigen Abwehrmitteln als Kriegswaffe überhaupt nicht mehr in Frage kommen und mehr aber, als ein Verkehrsmittel zur Ueberbrückung der Ozeane.

Bei den kommenden Verhandlungen hat Deutschland allerdings einen Trumpf in der Hand: seine geographische Lage im Herzen Europas. Die internationale Luftfahrt ist mehr oder weniger darauf angewiesen, deutschen Boden zu überfliegen. Dazu bedarf es aber der Erlaubnis Deutschlands. Die Gegenseite hat also immerhin auch ein sehr starkes Interesse daran, mit uns zu einer Einigung in dieser Frage zu gelangen. Nach Blättermeldungen soll bei den Basler Verhandlungen der Abschluß einer „Europäischen Luftfahrtunion“ ins Auge gefaßt worden sein. Es ist nicht ganz klar, was man hierunter verstehen soll. Wenn etwa nur eine Art „Verkehrsordnung“ für die Luft geschaffen werden soll, d. h. eine internationale Regelung des Verkehrs fremden Gebietes, so ist uns damit solange nicht gedient, als nicht auch die Frage des Flugzeug- und Luftschiffbaues in einem uns zünftigen Sinne gelöst worden ist.

## Londoner Locarnotage.

Heimkehr der deutschen Delegierten.

Die Londoner Festlichkeiten sind verraucht. Gestern Freitag mittag werden die deutschen Delegierten nach Berlin zurückkehren, und am folgenden Tage wird das Reichskabinett seinen Rücktritt erklären.

## Ein Tee bei König Georg.

Mit Rücksicht auf die Hoftrauer trugen die Veranstaltungen in London einen schlichten Charakter. Insbesondere trat die Person des Königs ganz in den Hintergrund. Das hinderte allerdings nicht, daß sich der König bei einem Tee im Buckingham-Palast jeden einzelnen Delegierten durch Chamberlain vorstellen ließ. Vor dem Tee hatten der König und die Königin Sir Austen Chamberlain und seine Gattin empfangen. Der König gewährte Chamberlain die bei der Ordensverleihung übliche feierliche Umarmung und händigte ihm die Insignien des Hosenbandordens aus.

## Ein politisches Diner bei Chamberlain.

Zu Dienstagabend hatte Chamberlain mit den Locarno-Delegierten etwa 60 Gäste in das alte Museum des Lancaster-Hauses geladen. Darunter befanden sich u. a. Baldwin, Churchill, Balfour, die Botschafter usw. Bei Tisch, wo keine Damen anwesend waren, sah Reichkanzler Dr. Luther zur Rechten Chamberlains. Es wurden nur drei kurze Trinksprüche gewechselt, einer von Chamberlain auf den König, einer von Dr. Luther auf Chamberlain und der letzte von Chamberlain auf die Locarno-Delegierten.

Nach dem Diner traten die Damen der Geladenen, alle in Trauerschwarz, zu der Gesellschaft. Man sah gemeinlich den Film des Unterzeichnungsaktes. Der Abend bot auch Gelegenheit zu privaten politischen Besprechungen. So sah man Reichkanzler Dr. Luther im Gespräch mit Briand und Chamberlain und Dr. Stresemann im Gespräch mit Berthelot.

Mittwoch vormittag besichtigten die deutschen Delegierten London. Am Mittwoch nachmittag gab der Oppositionsführer MacDonald einen Tee, und abends beschloß ein Diner bei Baldwin die Veranstaltungen.

## Erklärungen Stresemanns.

Deutschland im europäischen Konzert.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat Reichsaußenminister Dr. Stresemann vor seiner Abreise nach London dem in Berlin anwesenden Außenpolitiker des „Welt Journal“ eine Unterredung gewährt, in der er sich über die Politik nach Locarno ausdrückte.

U. a. erklärte Dr. Stresemann, man habe vor dem Krieg immer von dem europäischen Konzert gesprochen. Der Krieg scheine diese Formel zertrümmert zu haben, aber er glaube, daß sie nach Locarno wieder aufleben werde. „Denken Sie doch“, so fuhr Stresemann fort, „ein wenig nach über den Plan Loucheurs, eine internationale Wirtschaftskonferenz zusammenzubringen. Selbst Loucheur hat in Genf erklärt, daß sie ohne Deutschland nicht denkbar sei. Diese Beteiligung ist unerlässlich, und Deutschland hat sie auch schon zugesagt.“

Man spricht von den Vereinigten Staaten von Europa. Das ist eine Formel, die ich nicht liebe, weil sie uns von den gegenwärtig möglichen Realitäten entfernt und zu Mißverständnissen führen kann. Wir sind noch weit von einer politischen Organisation entfernt, die den Vereinigten Staaten von Amerika ähnelt. Aber es gibt bei uns eine Menge von Problemen, die eine internationale Regelung nötig machen.

Dr. Stresemann sagte ferner, man habe erklärt, der Vertrag von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund bedeute, daß Deutschland für den Pazifisten

## gegen Rußland Partei ergriffen

habe. Als man in Rapallo den Vertrag mit Rußland unterzeichnete, habe man ihn als Kriegsandrohung gegen den Pazifisten bezeichnet. In beiden Fällen habe man die geographische und die politische Lage Deutschlands verkannt. Heute weniger denn je könne Deutschland verkannt werden, sich irgend einer Mächtegruppe mit feindseligen Hintergedanken gegen die andere anzuschließen.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 3. Dezember 1925.

Der erste Schritt in den Völkerbund. Die deutsche Regierung hat dem Völkerbundssekretariat zwecks Eintragung und Veröffentlichung 11 internationale Verträge oder Abmachungen zugestellt. Darunter befindet sich der zwischen Deutschland und Oesterreich und der zwischen Deutschland und Estland abgeschlossene Vertrag über die Regelung gewisser seit dem Kriege noch schwebender Fragen, sowie das Abkommen betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des am 15. Mai 1922 zwischen Deutschland und Polen abgeschlossenen Abkommens.

Die Räumung Solingens. Solingen wird nach den neuesten Nachrichten am 18. Januar 1926 von der englischen Besatzung geräumt sein. Einige Zelle der englischen Besatzung werden schon vorher abräumen. Der britische Kreisoffizier stellte seine Tätigkeit ein. Die der Besatzung bisher vorbehaltenen leerstehenden Häuser am Hebbrecht-Platz wurden zur anderweitigen Vermietung freigegeben.

Der Bayerische Landtag nahm seine Tätigkeit wieder auf. Finanzminister Dr. Krausned legte dem Hause den Staatshaushalt vor. Der Minister stellte weiter fest, daß infolge des Finanzausgleiches Bayern eine effektive Einnahmeverminderung von 27,5 Millionen Mark zu verzeichnen habe und eine weitere Einnahmeverminderung von 8,5 Millionen Mark bei den Fortschritten. Nach eingehenden Vorberhandlungen vor der Vorlage des Budgets konnte das ursprüngliche Defizit im Betrage von 100 Millionen Mark auf 32,4 Millionen herabgemindert werden, für deren Deckung der Finanzminister noch keine Vor schläge machen konnte.

Keine Änderung des Saarstatuts. Dem „Matin“ wird aus Saarbrücken gemeldet, der dort weilende Minister de Monzie erklärte, seine Reise ins Saargebiet stehe in keinem Zusammenhang mit der Abänderung des Saarstatuts, sondern sei durch technische Fragen veranlaßt worden. Er habe die Reise ohne politische Absichten unternommen. Uebrigens habe sich de Monzie nur ganz kurze Zeit in Saarbrücken aufgehalten und nur Fragen geklärt, die mit der Verwaltung der Saargebiete beauftragt sind.

Die Abwidlung der Geschäfte der Kreisdelegierten. Die Kreisdelegation in Wiesbaden hat der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß sie ihre amtliche Tätigkeit eingestellt hat, und daß sie noch einen Monat lang ihre Geschäfte abwickeln werde. Während dieser Zeit behalte sie noch ihre bisherigen Büroräume im Rathaus inne. Auch in Mainz hat der Kreisdelegierte seine Tätigkeit eingestellt und wird in den nächsten Wochen seine Geschäfte abwickeln.

## Rundschau im Auslande.

Der von der Königin der Niederlande mit der Kabinettsbildung beauftragte Dr. Marchant erklärte, den Auftrag nicht annehmen zu können.

Im englischen Unterhause wurde der Antrag Macdonalds, der die Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der gerichtlichen Befolgung der Kommunisten mißbilligt, mit 351 gegen 127 Stimmen abgelehnt.

Einer Meldung aus Beking zufolge beabsichtigt der Präsident der chinesischen Republik die Bildung einer verantwortlichen Regierung vorzuschlagen, der er seine Funktionen übertragen wolle. Abdankung wurde er zurücktreten.

## Der ewige Prozeß Matteotti.

Wie aus Rom gemeldet wird, hat der Untersuchungsrichter im Prozeß Matteotti einen Entschluß gefaßt, demzufolge Dumini, Bolpi, Viola, Roveromo und Maieria als Täter oder Helfershelfer bei der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti von dem Schwurgericht in Rom abgeurteilt werden sollen. Gegen alle anderen Angeklagten wird das Verfahren eingestellt. Sie sind im Laufe des Dienstagabend in Freiheit gesetzt worden, darunter auch der frühere Reichsgerichtspräsident, der frühere Geschäftsführer der faschistischen Partei, Giovanni Marinelli, der Journalist Rippell und der österreichische Staatsanwalter Thierschold.

## Die Kadaverlüge im Unterhause.

Am gleichen Tage, an dem im Londoner Auswärtigen Amt die Locarno-Verträge unterzeichnet wurden, kam im Unterhause noch einmal die Angelegenheit der Kadaverberwertung ins Gespräch. Kennworthy fragte: Sämt es das Kriegsamt nicht für notwendig, diese Angelegenheit weiter zu unteruchen? Sind wir dies nicht einem Volke schuldig, mit dem wir jetzt Freundschaft schließen? Da darauf keine Antwort erfolgte, bestand Kennworthy erneut auf einer Antwort. Der Sprecher gab zu verstehen, daß eine schriftliche Anfrage beantwortet werden würde.

## Doppel-Freispruch in Prenzlau.

Nach Monate Gefängnis für Markgraf wegen Brandstiftung durch die Untersuchungshaft als verbüßt erklärt.

— Prenzlau, 3. Dezember.

Nach acht tägiger Verhandlung hat das große Schwurgericht des Landgerichtes Prenzlau die Gutbesitzerwitwe Heymann sowie den mitangeklagten Landwirtschafsinспекtor Markgraf von der Anklage des Mordes an dem Gutbesitzer Heymann freigesprochen.

Gegen Markgraf wurde wegen Brandstiftung acht Monate Gefängnis erkannt. Die St.











# Die Steuern im Dezember.

Reichssteuerern.

1. Lohnabzug vom 21.-30. November. Keine Schonfrist.
10. Voranmeldung und Vorauszahlung der Umsatzsteuer für die Monatsabgabe für den Monat November. Die am 1. Oktober in Kraft getretene ermäßigte Umsatzsteuer ist von den Monatszahlern zum erstenmal bei der Voranmeldung im November in Anschlag zu bringen, von den Vierteljahreszahlern im Januar nächsten Jahres. Schonfrist bis 17. Dezember.
14. Ablauf der Einspruchsfrist gegen die festgesetzten Steuerlätze.

## Der Fall Barmat.

Die Abstimmungen im Landtag.

— Berlin, den 2. Dezember 1925.  
Nach einer persönlichen Erklärung des Abg. Wiedemann (Dnl.), die sich gegen die gestrige Erklärung des Abg. Kiebel (Dem.) richtete, wurde die allgemeine Aussprache zum Ausschalt der Finanzverwaltung fortgesetzt.

Abg. Wolf (Dem.) begrüßte es, daß nach den Erklärungen des Finanzministers der neue Etat nicht nach Wechnachten vorgelegt werden könne.  
Abg. Müller-Franken (Wirtsch. Bg.) kritisierte eine Parlamentarismus, der Agitation als das Primäre, die Verantwortung als das Sekundäre ansieht.  
Abg. Dr. v. Besmer (Wirtsch.) fragte den Finanzminister, ob er damit einverstanden sei, daß das Gehalt des künftigen Ministers Herrn v. Schilling's für die Jahre weiter gezahlt werde. Das geugte nicht gerade von Parlamentarismus.  
Darauf wurde die Beratung unterbrochen zur Vorbereitung von

### Abstimmungen zum Fall Barmat.

Die kommunistischen Vorschläge gegen die Feststellungen des Barmat-Untersuchungsausschusses wurden abgelehnt. Angenommen wurden die Vorschläge des Ausschusses für die grundsätzliche auch die Rechte stimmten.  
Räumlich wurde abgestimmt über den deutsch-nationalen Änderungsantrag Winkler und Genossen, der sich mit der Forderung des Abg. Heilmann befaßt und der die folgende Fassung beantragt: Der Abg. Heilmann hat die ihm als Parlamentarier gezogenen Grenzen überschritten, als er in voller Kenntnis der schwierigen Lage des Barmat-Konzerns Anfang Dezember 1924 an den Finanzminister Dr. von Ritter wegen einer erheblichen Erhöhung des Kredites an die Amerika herantrat.  
Der Antrag wurde mit 153 gegen 205 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt.

Dafür stimmten die Deutschnationalen, die Völkischen und die Wirtschaftliche Vereinigung. Die Deutsche Volkspartei war geteilt. (Die Abg. Dr. Leibig und Dr. Winterfeld stimmten mit Nein.) Die Kommunisten enthielten sich der Abstimmung und gaben zu ihrer Haltung eine Erklärung ab, in der sie ihre Stimmhaltung damit begründeten, daß ihre weitergehenden Vorschläge auf gerichtliche Strafverfolgung der Abg. Heilmann und Dr. v. Ritter abgelehnt worden seien.

Annahme fand sodann die Fassung des Ausschusses, die lediglich auspricht, daß der Abg. Heilmann sich unvorsichtlich bei seiner Vespredung mit dem Finanzminister Dr. v. Ritter verhalten habe. Die übrigen Feststellungen des Ausschusses finden darauf gleichfalls die Billigung des Plenums.  
Am Schluß daran wurde der Etat der Sachhandlung selbst angenommen und dazu eine große Reihe von Anträgen. Annahme fand gleichfalls der Ausschalt des Finanzministeriums, soweit er noch nicht erledigt war.

Nachdem dann noch eine Reihe weiterer Abstimmungen vorgenommen worden war, wurde die Finanzdebatte fortgesetzt. Nach Ausführungen des Abg. Meyer-Solingen (Soz.) ging Finanzminister Dr. Höpfer-Wisch auf die in der Aussprache vorgebrachten Punkte ein. U. a. erklärte er, der preussische Staat habe sich überlegt, ob er nicht in absehbarer Zeit eine ansäuernde Anleihe aufnehmen müsse, die selbst-

verständlich nur dem Ausbau der werdenden Betriebe dienen könne. Im allgemeinen müßten aber Auslandsanleihen möglichst wenig in Anspruch genommen werden.  
Hierauf verlegte sich das Haus am Donnerstag 11 Uhr.

## Sturm im Reichstag.

Annahme des italienischen Handelsvertrages.

— Berlin, den 2. Dezember 1925.

Der Reichstag begann heute mit einem recht säuerlichen Anstich. Abg. Gennig (Wirtsch.) wandte sich vor Eintritt in die Tagesordnung gegen eine Lesung der Wirtsch. in der Schluß der gestrigen Sitzung. Dr. Wirtsch. habe ihm ausgerufen, an seinen Händen ließe noch Blut vom Mathematik, wobei er sich auf einen mehrere Wochen vor dem Vorrede von ihm geschriebenen Artikel bezog. Er stelle demgegenüber fest, daß sich alle damals von Wirtsch. und den ihm nachstehenden Kreisen verbreiteten Behauptungen als unmaßgebend erwiesen hätten. Dr. Wirtsch. hat wohl am wenigsten Grund, sich über Mordrede zu beklagen, da er das Wort gesprochen hat: Der Feind steht rechts! In der nachfolgenden Zeit sind daher Tugende von vaterländischen rechtsstehenden Männern in gemeinsamer Weise überfallen und ermordet worden. (Zustimmung rechts, insbesondere Vorn und Wirtsch. (Dnl.).) Da habe sie als vollständig kranker hemmungslos (Dnl.). (Stillempfangsruhe links. Man hört die Schimpfwörter: Glender Kerl! Pamp! — Die sozialdemokratischen Abg. Dr. Breitfeld, Sellmann und Müller-Franken werden zur Ordnung gerufen. — Jurist rechts: Das sind die sozialdemokratischen Intelligenzen!)

Die zweite Beratung des Handelsvertrages mit Italien wurde hierauf fortgesetzt. Nachdem in der Aussprache noch die Abg. Grefen (Dem.), Rauch-München (Vater. Bg.), Graf Reventlow (Wirtsch.), Frhr. v. Freytag-Loringhoven (Dnl.), Dr. Hilferding (Soz.) und Veitmann (Dnl.) Reden gehalten hatten, wurde der Handelsvertrag in zweiter Lesung gegen einen Teil der Deutschnationalen und kleine Minderheiten in den anderen bürgerlichen Fraktionen angenommen. Vor der Schlußabstimmung bei der dritten Lesung bezweifelte Abg. v. Graefe (Wirtsch.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Haus war jedoch beschlußfähig. Die Beträge wurden darauf in dritter Lesung angenommen. Ebenfalls angenommen wurden Entschuldigungen des Ausschusses, die eine Überdacht über die Entwicklung der Einfuhr gegenüber der Ausfuhr und eine Denkschrift über die Dumpinggefahr fordern.

Danach wurde nach unerheblicher Aussprache das Postabkommen mit der Schweiz in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso das Zollabkommen mit Österreich.

### Die Abfindung der Färchenhäuser.

Es folgte die erste Beratung des von den Demokraten eingebrachten Gesetzentwurfes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Färchenhäusern. Danach werden die Länder ermächtigt, diese Auseinandersetzung, soweit sie noch nicht stattgefunden hat, durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges zu regeln. Ein kommunistischer Gesetzentwurf fordert die entscheidungsgelagerte Enteignung der Färchenhäuser.

Abg. Dietrich-Waden (Dem.) begründete den demokratischen Entwurf. Er führte dabei aus, daß es sich nach der Meinung seiner Partei nicht um privatrechtliche, sondern lediglich staatsrechtliche Fragen handle, und vermieße auf das Verfahren, das seinerzeit gegenüber dem König Georg von Hannover angewandt worden sei.

Abg. Reubner (Komm.) warf die Frage auf, was jenseits würde, wenn in Moskau im Sowjet-Kongress jemand verlangen würde, den Romanoff's die Güter wiederzugeben.

Abg. Scheidmann (Soz.) begann mit einer Schilderung der trostlosen Wirtschaftslage, und in kurzer Zeit sollen viele hundert Millionen an die Färchen gezahlt werden, die an dem Jammer die Schuld trügen. Er ging dann weiter auf die Vorgänge bei dem Zusammenbruch ein.

Abg. Linderer-Wildau (Dnl.) betonte, daß für seine Parteifreunde nur der Reichstagspunkt maßgebend sei. Seine Partei vertrete den Grundgedanke: die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Rechte.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) erklärte, seine Freunde betrachteten die Frage ohne jedes Vorurteil und jede Parteifärbung. Hierauf wurden die Beratungen am Donnerstag 1 Uhr vertagt.

## Pariser Brief.

Auch die Schneefahrt hat schwere Verkehren. — Zittauer des Ellenbogen ausgetastet.

Man hat vor einiger Zeit einmal festgestellt, daß die Oberfläche der Pariser Straßen eine Ausdehnung von sieben Millionen Quadratmeter aufweist, während von einer Million Quadratmeter Zeit einen Raumpunkt bezeichnen, an dem die Straßen vollständig mit Autos besetzt sind, und wo die Verkehren vollkommene Haupt keinen Bewegungsfeldraum mehr haben. Es ist theoretisch sogar nicht ausgeschlossen, daß die Autos einmal mehr Platz fortnehmen werden, als — über-

Bereits vor einiger Zeit hat man in Paris gewisse Verbesserungen geschaffen, die den Verkehr vor seinen schlimmsten Hindernissen bereiten sollen. Von allen Dingen ist man daran gegangen, die elektrischen Straßenbahnen, die sich als das schwerste Hindernis herausgestellt haben, immer mehr in das Weichbild zu legen. Man hat ferner den Verkehr in nur einer Richtung für eine große Reihe der wichtigsten Straßen eingeführt, und man hat an den Hauptknotenpunkten elektrische Licht- und Läutesignale angebracht, die überübernehmliche Aufgabe der Verkehrsbehörden erleichtern und sich außerdem durch bewährte Verkehren endlich ist es den Autobahnen verboten, in den letzten Straßen anzuhalten. Man erwartet auch die Einführung leichter und beweglicherer Automobile, die sich dem Minimum der gewöhnlichen Autos leicht anzupassen imstande sind. Als eins der wichtigsten Mittel, den Verkehr zu regeln, hat sich die Einführung einer normalen Fahrzeugschwindigkeit herausgestellt.

Man will soweit wie möglich das Fahren von Fahrzeugen mit Pferdebespannung, ganz unterbinden, um auf diese Weise größere Verkehrsbedingungen zu verhindern. Wenn alle diese Mittel nicht ausreichen, so wird man schließlich dazu übergehen, an den verkehrsreichsten Punkten Untergrundpassagen für die Fußgänger anzulegen, wie man sie bereits in Amerika kennt. Die Autos behalten dann das ganze heutige Straßenterrain zu ihrer Verfügung.

Mit einer Anwendung dieser Maßnahmen wird dann wohl auch der eigentliche Pariser Straßenverkehr sehr reichlich auf die Stufe gebracht werden, auf der sich die übrigen Verkehrsgruppen im allgemeinen befinden. Die Pariser Untergrundbahn, z. B. die Metro, ist bereits eine vorbildliche Organisation, was die Dichtigkeit der Wagenfolge, die Anlage des Reges und die zahlreichen Umförmlichkeiten betrifft. Auch das Verkehrsfinden ist durch ein praktisches System von großen Karten und Richtungsangaben so leicht, daß sich ein Fremder am ersten Tage in dem ganzen Verkehrsnetz zuverfinden kann. Als besonders praktisch hat sich die Einichtung erwiesen, daß sich die Schranken am Eingang zum Bahnsteig beim Einlaufen eines Zuges schließen, sobald das Stoßen und Drängen der Fahrgäste, die noch im letzten Augenblick den Zug erreichen wollen, bemiendet wird, ebenso das lange Halten des Zuges auf der Station. Auch die große Zahl der Untergrundbahnfälle wird durch dieses einfache System ummöglich gemacht.

Neberhaupt ist im Pariser Verkehrsleben die Dichtigkeit des Ellenbogens durch eine sehr praktische Einrichtung ausgeglichen. An den Haltestellen der Straßenbahnen (sowohl wie denen der Autobusse) befinden sich Kästchen mit Nummernblöcken, an denen sich jeder Fahrgast mit einer Nummer versehen kann. Der Schaffner läßt dann die Fahrgäste nach der Zahlenfolge in den Wagen, jedoch nur bis zur Höhe der vorgezeichneten Platzzahl. Auf diese Weise kommt jeder zu seinem Recht, und es kann nicht passieren, daß ein Nichtstößer im letzten Augenblick anderen den Anspruch zur Bevorzugung streitig macht.

### Anbringung von Radio-Antennen

Die Bekanntmachung des Kreisaußschusses vom 26. 11. 25. abgedruckt im Meltinger Tageblatt Nr. 280, enthält Vorschriften über die Anbringung von Radio-Antennen. Ich weise auf diese Bekanntmachung hin.

Spanenberg, den 1. 12. 25.  
Der Magistrat,  
Schier.

### Bespringen der Füh

1. Das Springen findet nur an Feiertagen statt. Füh und Rinder sind im Winterhalbjahr nur in der Zeit von 8-11 Uhr vormittags und 4-6 Uhr nachmittags dem Bullen zuzuführen.
2. Das Sprunggeld, das bisher 5 R.-M. je Sprung betrug, wird in Kürze neu festgelegt. Bis auf weiteres sind 5 R.-M. je Sprung anzuzahlen. Das Sprunggeld ist bei der Vorführung des Zuchtbullens an den Bullenhalter zu entrichten.

Spanenberg, den 30. 11. 25.  
Der Magistrat,  
Schier.

### Kreispolizeiverordnung zur Verhinderung von Beschädigungen elektrischer Lichtleitungsanlagen durch fliegende Gänse.

- § 1. Zur Verhinderung von Beschädigungen elektrischer Lichtleitungsanlagen durch fliegende Gänse sind die Schwingen der Gänse an einem Fühel so zu beschneiden, daß ein Nachfliegen der Tiere ausgeschlossen ist.
- § 2. Elektrische Sicherungen müssen jederzeit leicht zugänglich sein. Feuer, Stroh oder andere leicht Feuer fangende Gegenstände dürfen nicht näher als ein Meter an den Sicherungen in gelagert werden.
- § 3. Zuwiderhandlung wegen der Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haftstrafe bis zu sechs Wochen tritt.

Meltingen, den 21. 11. 25.  
Der Landrat, Sarazin.

**Zum Schlachten**  
empfehle prima, extra, weite  
**Därme, Ochsen und Hammelbutten, Schweine- und Kalbsblasen**  
zu billigsten Preisen  
J. Strube, Bischofferode.

Zentralverband deutscher Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen  
e. V. Ortsgruppe Spangenberg.  
Sonntag, den 6. 12. 25 nachmittags 2 Uhr im Ratskeller  
**Versammlung**  
Der Vorstand.

Berlege Freitag und Sonnabend ein  
**Wildschwein**  
(Leberläufer)  
a Pfd. Mk. 1.— u. 1.10  
Bitte um gefälligen Zuspruch  
Heinrich Engeroth.

Beabsichtige Montag, den 21. Dez. ds. J. eine  
unges fette  
**Kuh**  
kten. Bestellungen auf Fleisch bis zum 17. 12.  
Joh. Strube Bischofferode.

6. Dez. nachm. 5 Uhr  
**Konzert**  
des Kasseler  
Lehrer-Gesang-Vereins.  
Saal Hotel Heinz  
Leitung: Robert Laugs,  
Erster Kapellmeister der Kasseler Staatsoper.  
Erster Bundeschormeister des Mitteldeutschen Sängerbundes.  
Karten im Vorverkauf  
in den Buchhandlungen H. Kösch u. Siebert.

Zahlung des Stromgeldes.  
Wer das Stromgeld nicht bis zum 4. jeden Monats entrichtet, muß eine besondere Gebühr zahlen. Die Gebühr beträgt einmalig 0,25 R.-M. und im Wiederholungsfalle 0,50 R.-M.  
Spangenberg, den 30. 11. 1925.  
Der Magistrat,  
Schier.

**Inferieren bringt Gewinn!**

3957